

Wir 68er_innen – die Protokolle –



Was wir wollten – was draus wurde



Die Vergangenheit ist nie tot, sie ist nie vergangen ... sie lebt in uns *(Flaubert)*

Damit das Reden über die Vergangenheit nicht zur Nostalgie verkommt

Wenn knapp 200 Menschen zusammenkommen, die sich zum Teil über Jahrzehnte nicht gesehen haben, geht es zunächst einmal um die Freude, sich wieder zu sehen und vielleicht auch um das Abchecken, wie der oder die sich im Vergleich zu einem selbst entwickelt hat. Da gibt es sowohl das Staunen über die Veränderung wie auch die Feststellung des Gegenteils: „Sieht ja wie früher aus!“ Wenn man dann aber ins Gespräch kommt,

passiert etwas fast magisch Anmutendes: die Zeit schnurrt zusammen! Egal, wie weiß oder schütter das Haar – schon nach kurzer Zeit erkennt mensch die Person unabhängig vom Äußeren wieder – ja, mehr noch: es verschwindet fast in der Wahrnehmung. Das ist spannend und es ist zugleich beruhigend festzustellen, dass es nicht das Äußere ist, das den Menschen ausmacht.

Spannend waren dann aber vor allem die vielen

Foto: hlz



Heute gepflegte Bürgerlichkeit an runden Tischen und damals ...? (s.S. 48/49)

Was wir wollten – was draus wurde

Einzel- oder Kleingruppengespräche über das, was war. Gräben, die damals bestanden, sind vielleicht immer noch nicht verschwunden, aber im Gegensatz zu früher kann man jetzt miteinander über das Trennende sprechen. Dabei ist dies weniger einer Altersmilde geschuldet als vielmehr der Einsicht, dass keine_r den Stein des Weisen (oder der Weisen – im Plural?) inzwischen gefunden hat.

Im Gegenteil: die aktuellen politischen Entwicklungen werfen mehr Fragen auf denn je, so gerade das Urteil derjenigen, die sich auch heute noch – und dies galt wohl für die meisten der Gekommenen – intensiv mit Politik beschäftigen.

Einig war man sich darin, dass das damalige politische Engagement für die persönliche Entwicklung derart prägend war, dass es den gesamten weiteren Lebensweg mitbestimmt hat. Einig war man sich auch, dass bei aller Einsicht, was damalige Fehleinschätzungen angeht, der Protest, der Widerstand, die politische Aktion, in welcher organisatorischen Formation sie auch immer stattfanden, in allen Facetten notwendig waren, um dem Mief der Nachkriegszeit, um nicht zu sagen: den verquastenen post-nazistischen Verhältnissen mit ihrer anti-kommunistischen Kalte-Kriegs-Logik etwas entgegenzusetzen.

Dass, wie so oft behauptet, die 68er wirklich in diesem Land je eine ‚kulturelle Hegemonie‘ erstritten haben, mag man anzweifeln. Wer wie die Anwesenden das Davor und das Danach aus persönlicher Erfahrung erlebt hat, mag intellektuell seine Zweifel haben, sinnlich spricht aber Vieles dafür, dass trotz aller erkennbaren Rollback-Tendenzen sich wenigstens in Teilen der Gesellschaft ein Denken breit gemacht hat, das dem Kantschen Diktum, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, um sich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien, den Boden bereitet hat.

Dass dies den Konservativen im Land immer ein Dorn im Auge war und die wiedererstarkte völkisch-

nationalistische Bewegung in der linken Interpretation der Aufklärung sowieso ihren Hauptangriffspunkt sieht, zeigt umso mehr, welche Bedeutung das ‚Erbe der 68er‘ auch gegenwärtig hat (s. dazu auch den Bericht in der hlz 12/2018, S. 52ff). Darin war man sich – so mein Eindruck - in den vielen kleinen Gesprächsrunden oder im Vis-à-vis mit der einen oder anderen Gesprächspartnerin oder dem Gesprächspartner einig. Wenn in den Tagungsgruppen über die Vergangenheit gesprochen wurde, so schwang genau dies mit: Verteidigen wir bei aller Selbstkritik das, was wir damals wollten: sich nicht abfinden mit Verhältnissen, die Ungerechtigkeit produzieren und Ungleichheit perpetuieren.

Dass dies in den meisten Gesprächsrunden den Tenor bildete, lässt sich in den folgenden Berichten nachlesen.

JOACHIM GEFFERS

Dazu traf man sich in Arbeitsgruppen

- Universität – damals und heute
- Internationale Befreiungsbewegungen – damals und heute
- Die Rolle der Frauen während der Student_innenbewegung
- 1968 – wichtig für mein Leben
- Der Generationenkonflikt – Abgrenzung von den Eltern
- GEWerschaft im Wandel – Student_innenbeweg(t)en GEWerschaften
- Aufbruch bei den Lehrlingen
- Kinderladenbewegung und antiautoritäre Erziehung
- Filmdokumente zur Student_innenbewegung

Drunter und drüber

Lag's an der Blickrichtung? hlz 12/2018, S. 54

Da muss der Blick durcheinander geraten sein. In Hinblick auf die Parole der 68er muss es natürlich statt „unter“ „über“ heißen, also: „Traut keinem über 30!“ Merkwürdig, dass dies auch bei mehrmaligem Prüfen immer überlesen wurde. Ich hoffe nicht, dass dies etwas mit dem Blickwinkel der Korrektor_innen zu tun hatte. Und auch die Bildunterschrift, bei der wir unsere ehemalige Wissenschaftssenatorin Christa Sager in die Nähe der Hamburg eigenen Wohnungsbaugenossenschaft SAGA gebracht haben, sollte keine ironische Spitze sein, sondern gehört ebenfalls zu den unangenehmen, um nicht zu sagen peinlichen Fehlern. (Online ist alles berichtet)

DIE REDAKTION

„Wir wollen nicht haben, wir wollen sein.“ Erich Fromm

Thesen zum einleitenden Referat der Tagung

These 1: Wer von 68 redet und die Studentenbewegung meint, sollte die Jahre 1966 bis 1968 im Blick haben. 1966 gab es die ersten Vietnam-Demonstrationen und radikalen Hochschulproteste. Ein einschneidendes Datum war 1967 der 2. Juni und der Tod Benno Ohnesorgs. Außerdem war 1968 wichtig und von Einfluss für die Student_innen: der Vietnamkongress und besonders das Dutschke-Attentat sowie die darauf folgenden Osterunruhen gegen den Springerkonzern. 1968 war aber auch – vor dem Hintergrund der Straßenschlachten in Paris im Mai und der gewaltsamen Beendigung des Prager Frühlings – das Ende einer scheinbar einheitlichen Bewegung. Es begann die Zersplitterung der Bewegung (ein Kristallisationspunkt z. B. die Frage der Gewalt) und die Auflösung in eine Vielzahl neuer politischer Gruppen, Zellen und Parteien.

These 2: 68 war kein isoliertes deutsches Phänomen. Überall in der Welt trat eine neue (Nachkriegs-) Generation in die Öffentlichkeit, die die bestehenden Lebensweisen und Denkmuster durcheinanderwirbelte. Vietnam war das wichtigste Mobilisierungsthema, weltweit. „Nicht wir haben die Revolution gemacht, sondern die Revolution hat uns gemacht“, so schon Georg Büchner. Bei uns kam das Bewusstsein hinzu, dass Hitler-Deutschland die Welt in eine Katastrophe geführt und den beispiellosen Völkermord an den

europäischen Juden organisiert hatte – aber hierüber herrschte weitgehend beredtes Schweigen im Lande. Dies war für viele ein sehr wichtiges Thema in der Auseinandersetzung mit der ‚Elterngeneration‘.

These 3: Der Kern dieser Revolte, der nicht nur Student_innen (und Schüler_innen) erfasste, sondern auch noch weite Kreise in Verbänden, Parteien und anderen Institutionen, war eine Revolution des Bewusstseins, der politischen und kulturellen Orientierung, der Lebens- und Alltagskultur im umfassenden Sinne. Erich Fromm: „Wir wollen nicht haben, wir wollen sein.“

These 4: Charakteristisch für die Studentenbewegung war die Pluralität der Beteiligten, der Verbände und Organisationen. Es war keine SDS-Bewegung – so wichtig seine Impulse und Aktionen auch waren. Nur Minderheiten zog es in die K-Gruppen / -Parteien nach 1968, noch weniger in den Terrorismus der 70er Jahre. Die große Masse der politisch Engagierten veränderte mit neuem Bewusstsein

Hochschule und Gesellschaft, wobei sie sich natürlich auch selber veränderte.

These 5: In der Folge der 68er entstanden (oder wurden verstärkt) weitere politische Protestbewegungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen: Frauen, Kinderladen, Psychologie / Psychiatrie, später: Umwelt, Frieden, Hausbesetzungen. Die-



Überall in der Welt trat eine neue (Nachkriegs-) Generation in die Öffentlichkeit, die die bestehenden Lebensweisen und Denkmuster durcheinanderwirbelte. (Knut Nevermann)

Der Autor,

Knut Nevermann, geboren 1944 in Hamburg, studierte nach dem Abitur 1963 Rechtswissenschaft zunächst in Hamburg und München und ab 1965 in Berlin. Dort wurde das SPD-Mitglied im Februar 1966 zum AStA-Vorsitzenden der Freien Universität Berlin gewählt. 1967 war er Gründungsmitglied des Republikanischen Clubs in West-Berlin. Im gleichen Jahr nahm er am Kongress „Bedingung und Organisation des Widerstands“ teil (gemeinsam mit Rudi Dutschke, Jürgen Habermas u.a.). Von 1970 bis 1973 war Knut Nevermann Mitarbeiter beim Deutschen Bildungsrat. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen war er von 1974 bis 1986 Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin. Nach einer juristischen Promotion 1981 habilitierte sich Nevermann 1986 in Berlin für Politikwissenschaft.

Später war er sowohl im Bildungs- wie auch Kulturbereich in verschiedenen Bundesländern tätig, so in NRW, Hamburg, Berlin und Sachsen.

se breite Politisierung trug auch zur Wahl Willy Brandts („Mehr Demokratie wagen“) als Kanzler bei.

These 6: Vorbildlich wirkten neue Protest- und Demonstrationsformen wie ‚sit-in‘, ‚go-in‘, ‚teach-in‘, Laufschriftedemos, Lern-AGs, Streiks, Besetzungen, die die spätere Aktivierung der Zivilgesellschaft inspirierten und viele Nachahmer fanden. Weiter wirkte auch der Antiautoritarismus in die Gesellschaft hinein, die Infragestellung unbegründeter Autorität und die Erkenntnis, dass Autoritarismus sowohl weiteren Autoritarismus gebiert, aber auch Anpassungsbereitschaft der autoritär Erzeugenen.

*These 7:*Die antikapitalistische Kritik (Ausbeutung, Konsumgesellschaft) und die Kritik am Parlamentarismus (Große Koalition) führten zu weitreichenden Visionen einer Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, sowohl im Hochschulbereich: von der Ordinarien- zur Gruppenuniversität als auch im allgemeinen Bildungsbereich: Grundschulreform, Gesamt- / Stufenschule statt Dreigliedrigkeit, einheitliche Lehrerbildung.

These 8: Nachhaltige Veränderungen zeigten sich auch in den Institutionen: Parteien (auch in der CDU), Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Verwaltungen, Gerichte. Und dies unabhängig,

aber verstärkt oder unterstützt von jenen, die den Marsch durch die Institutionen antraten. Eine Folge war schließlich auch die Gründung der Grünen. Diese Veränderungen zeigten sich allerdings auch in heftigen internen Spaltungen und Fraktionierungen, die viel Kraft absorbierten. Diese Kämpfe / Auseinandersetzungen wurden übrigens verstärkt durch den größten politischen Fehler der sozial-liberalen Koalition: den grauenhaften Radikalenerlass von 1972 (Berufsverbote).

These 9: Demokratisierung und Politisierung waren die positiven Leitbegriffe, nicht nur des Staates und seiner Institutionen, auch der Gesellschaft, auch des Privaten : Ehe, Familie, Kinder, Gleichberechtigung usw. Alles wurde Gegenstand von Politisierungs- und Demokratisierungsaktionen, besonders im Bildungsbereich. Erstmals in der deutsche Geschichte war die akademische Jugend politisch, kritisch, antiautoritär und: links.

These 10: Im Nachhinein sind allerdings auch Fehler der Bewegung deutlich zu erkennen: Wir haben das Thema Gewalt zu spät erkannt und zu lange auf die leichte Schulter genommen, auch in der Sprache: hier wurden Hemmschwellen kontinuierlich abgebaut. Es gab einen antiwissenschaftlichen Aktionismus, der viele Semester lang das Studieren fast unmöglich machte; es gab grauenhafte persönliche Verunglimpfungen und Gewaltaktionen gegen Professoren, von denen nicht wenige aus dem Exil zurückgekommen waren (sog. ‚Schweinejagden‘); es gab ideologische Pendelausschläge (von „Amis raus aus Vietnam“ zu „Sieg im Volkskrieg“; „alle Macht den Räten“; „Faschistische“ Notstandsgesetz usw.), die zu lange nicht aktiv in der Bewegung zurückgewiesen wurden.

These 11: Warum war 68 dennoch ein Erfolg, über den auch 50 Jahre später noch breit berichtet wird? Die damals vorherrschenden Themen (Vietnam, Notstand, Pressekonzentration, das Schweigen zur NS-Vergangenheit, Kapitalismuskritik, Antiautoritarismus, Hochschulreform) waren Positionen einer Minderheit, die durch ihre Proteste die Mehrheit provozierte und in den Medien verteuftelt wurde, wodurch die Sache der 68er noch bekannter und die weitere Mobilisierung kontraintuitiv angeheizt wurde. Eier aufs Amerikahaus, Amis raus aus Vietnam, Enteignet Springer, Rote Fahnen auf dem Kudamm, Dutschke Volksfeind Nr.1 usw.

Aber warum ist das noch heute interessant? Weil wir damals in diesen Punkten auch aus heutiger Sicht historisch einfach recht hatten.

KNUT NEVERMANN

Universität – damals und heute

Auf das Zurückdrängen der Macht der Ordinarien folgte die Einrichtung von Bildungseinrichtungen, deren Zweck bis heute vornehmlich auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet ist

Ein Schwerpunkt der 68er bestand in der Kritik an den Bildungsinstitutionen: Besonders die Universität war Ort der Auseinandersetzung und Zentrum der Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen, in denen nationalsozialistische Eliten reüssieren konnten. Die Institution Universität war von autoritären Charakteren bevölkert, was im Begriff Ordinarienuniversität seinen Ausdruck fand. Viele Beispiele von der Willkür professoraler Entscheidungen über Lehrinhalte, Prüfungserfolge und Studienabläufe konnten Teilnehmer_innen als Belege anführen.

Eine Zusammenfassung dessen, „was wir wollten, was daraus wurde“, lässt sich in vier Aspekte gliedern:

- Gegen die Ordinarien
- Gegen Rahmenprüfungsordnungen
- Gegen verrottete Studiengänge
- Gegen Wissenschaft im Privatbesitz

Hier saßen sich die Kontrahent_innen von der Podiumsdiskussion wieder gegenüber und so nahm auch der Input von Michael Daxner Bezug auf die Kontroverse in der Podiumsdiskussion. Jedoch standen hier gemäß dem Thema der Arbeitsgruppe die Folgen der 68er für die gegenwärtige Hochschulentwicklung im Mittelpunkt. Daxner stellte klar, dass für ihn ein Studium ohne Gebühren, ohne Zeitbeschränkung und ohne Leistungsdruck in Zeiten der Hochschul-

expansion und der europäischen Gestaltung des Hochschulraumes nicht realistisch sei. Leider konnten die Argumentationslinien nicht aufgezeigt werden, weil an diesem Punkt die Studierenden heftig protestierten. Studium sei Arbeit und müsse nicht nur gebührenfrei sein, sondern gehöre bezahlt, hielten sie entgegen. Darüber hinaus gelte es, inhaltliche Vorgaben von innen und außen zu schützen. Waren sich die Kontrahent_innen in den Punkten 1-4 auch nicht grundsätzlich uneins, so kulminierte die Auseinandersetzung an dem Punkt, „gesellschaftlich relevante wissenschaftliche Studien“ als gleichwertig gegenüber Lohnarbeit bzw. einer Beschäftigung aufgrund des Studiums anzusehen. Das würde bedeuten, so die Gegenposition, dass man die ohnehin schon privilegierten Studierenden noch weiter bevorzugen würde, als sie es ohnehin schon seien.

Umstritten blieb die Aussage, dass das Studium abgeschafft werden solle, wenn studieren nur gehe, wenn nebenher Lohnarbeit geleistet werden müsse.

Kontrovers wurde auch die Bologna-Reform diskutiert, obwohl deren generelle Einschätzung als Missbrauch für eine Restauration der Universitäten eher unstrittig war. Die Position einer grundsätzlichen Ablehnung der „Reform“ stand aber im Gegensatz zu der Meinung, dass es einer Regelung des Hochschulwesens im europäischen Maßstab

bedurft hätte. Lediglich an der Umsetzung hätte es hierzulande gehapert.

Wurden auf der einen Seite die Forderungen auf der Abstraktionsebene antikapitalistischer Systemkritik begründet, standen dem auf der anderen Seite Analysen der Reformen der Lehrer_innenbildung, der Projektstudiengänge und Prüfungsreformen in den vergangenen 50 Jahren gegenüber. Hier glorifizierte die Bachelor-/Master-Kritik nicht die Studienbedingungen zwischen 68 und heute, sondern erinnerte an die Reformprogramme der Bundesassistentenkonferenz (BAK), des Verbands deutscher Studentenschaften (VDS) und anderer, die unzureichend oder gegen deren Intentionen umgesetzt wurden.

Ein weiterer Streitpunkt war die Einschätzung der Vergabe der Drittmittel für Forschung in der BRD. Einerseits führte die Kritik am System der Drittmittelforschung zu deren völliger Ablehnung, andererseits wurde sie als transparent und unverzichtbar bezeichnet. Mehrheitlich unstrittig war, dass es berechnete Kritik zu vielen Punkten der Vergabepraxis gibt.

Das, was auch im Kapitalismus möglich ist, muss getan werden, und für das andere müssen wir kämpfen. Mindestens das haben die 68er gelehrt.

MARGRET BÜLOW-SCHRAMM

Zwischen Miss Universitäts- Wahl und Philturm-Besetzung...

Studentinnen an der Universität Hamburg im Kontext von „1968“

„Zur Zeit der Hamburger Studierendenbewegung 1965–1969 waren signifikante Handlungsspielräume von Studentinnen vorhanden; sie unterlagen allerdings verschiedenen Beschränkungen. Wenngleich der Anteil weiblicher Studierender insgesamt zwischen 25 und 30 Prozent betrug, verteilten sie sich innerhalb der Fakultäten recht einseitig auf pädagogische und kulturwissenschaftliche Studiengänge. Dafür waren weniger institutionelle Hindernisse als

vielmehr gängige Stereotype verantwortlich, die Frauen ein Potenzial für naturwissenschaftliche und technische Bereiche absprachen.

Neben Problemen infolge der überfüllten Universität und fehlenden Mitspracherechten innerhalb der „Ordinarienuniversität“, die alle Studierenden betrafen, kamen für Studentinnen geschlechterspezifische Benachteiligungen hinzu. So sahen sie sich nicht nur mit sexistischen Äußerungen durch Kommilitonen und

Professoren, sondern auch mit verschiedenen, divergierenden (Geschlechter-)Rollen, Aufgaben und Erwartungen konfrontiert. Nicht zuletzt aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen war es gerade für Studentinnen schwierig, ihr Studium, hochschulpolitische Aktivität und teils auch Kindererziehung miteinander zu vereinbaren. Zwar war mit Helga Bauer im Sommersemester 1967 eine Frau 1. ASTA-Vorsitzende, jedoch ist ihre Biografie im Vergleich mit



... und Kampf gegen den §218

anderen eher als Ausnahme zu werten. Obwohl die hochschulpolitischen Gremien wie das Studentenparlament und der AStA zu dieser Zeit noch stark männlich dominiert waren, waren darin Frauen durchaus und vielfältig aktiv. Geschlechtsspezifische Problematiken spielten in diesem Rahmen allerdings keine übergeordnete Rolle. Dies gilt auch für die zentrale Debatte über ein neues Hochschulgesetz.

Wenn es um studentische Proteste in Hamburg im Kontext von „1968“ geht, sprechen Historiker_innen von drei prägenden Zäsuren: Die Proteste gegen den Besuch des Schahs von Persien im Juni 1967, die sogenannte „Muff-Aktion“ im November desselben Jahres sowie die Besetzung des Philosophenturms im Frühjahr 1969. Während Frauen an den Schah-Protesten beteiligt waren und in diesem Kontext auch Opfer von Polizeigewalt wurden, ist bei der Konzeption und Durchführung der „Muff-Aktion“ keine weibliche Beteiligung belegt. Eine explizite Kritik an bestehenden Geschlechterverhältnissen ist hingegen nur bei der Besetzung des Philosophenturms nachweisbar: Hier initiierten Studierende z. B. kritische Arbeitsgruppen mit geschlechter-, sexualitäts- und erziehungsspezifischem Schwer-

punkt. Im Mai 1968 protestierte außerdem der SDS-nahe, studentische Arbeitskreis Emanzipation gegen die entmündigende „Zurschaustellung von Frauen“ bei der Wahl der Miß-Universität, die u. a. vom AStA veranstaltet wurde. Besonders öffentlichkeitswirksam war im Dezember 1968 zudem ein Nacktprotest des Arbeitskreises anlässlich einer Gerichtsverhandlung, der Geschlechtervorstellungen und -hierarchien provokant und öffentlich infrage stellen sollte. Mit dieser Aktion griff der Arbeitskreis Emanzipation bereits Ende der 1960er Jahre Themen auf, die nach gegenwärtigen Periodisierungen inhaltlich der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren zugeschrieben werden.

Wenngleich die um „1968“ angestoßenen gesellschaftlichen Umbrüche von Männern dominiert wurden, sollte die vielfältige und wirkungsvolle Partizipation von Frauen daran keinesfalls marginalisiert werden.“

Es gab im Anschluss an die Referate eine angeregte Diskussion, in der von den Teilnehmer_innen eigene Erfahrungen eingebracht wurden.

Innerhalb der Studentenbewegung spielte die Frau auf den Podien keine große Rolle, da auch selbst in den politischen Grup-

An dem Gesprächskreis nahmen 12 Personen, davon 11 Frauen und 1 Mann, teil.

Dieser Bericht ist primär eine Zusammenfassung des Vortrags von der Studentin Hannah Reutschler und dem Studenten Benjamin Roers.

Er wurde als Einleitung für den Workshop gehalten.

pen, besonders den K-Gruppen, das Wort Feministin/Emanze ein Schimpfwort war.

In dem Bewusstsein vieler Dozenten/Professoren hatten die Frauen für die Universität nicht genügend Gehirnkapazität. Es gab unter dem Lehrkörper auch nur wenig weibliches Personal.

Die Teilnehmer_innen stellten mit Bedauern fest, dass das politische Bewusstsein an den Hochschulen heute etwas zu gering sei, da z.B. die Wahlbeteiligung zum Studierendenparlament an der UniHH gerade mal bei 15 Prozent liege.

Nach wie vor bedarf es des Engagements, das Grundgesetz ernst zu nehmen, um die Gleichberechtigung von Frau und Mann radikal durchzusetzen.

Die Teilnehmer_innen waren sich darin einig, dass noch viel zu tun ist.

68 – wichtig für mein Leben?

Mut zum Widerspruch wurde zur Grundhaltung – ein konstitutives Element von Demokratie

Die starke Anwahl dieses Workshops hat gezeigt, dass ein großes Interesse an biographischer Rückschau und dem Austausch mit politisch Gleich-

gesinnten bestand. So musste der Workshop mit seinen 36 Teilnehmer_innen geteilt werden, um allen die Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben. Diese

fand auch lebhaft statt.

Über anderthalb Stunden hinweg lauschten die Teilnehmer_innen interessiert den Kurzberichten ihrer Kolleg/innen, konn-

Was wir wollten – was draus wurde

ten sie doch das meiste teilen und fand sich jeder in Beiträgen von anderen wieder. Im Zentrum der Äußerungen stand die eigene Entwicklung sowie die heutige Sicht auf die damaligen Ereignisse.

Herkünfte

Hamburg als Zuwandererstadt hat offensichtlich Menschen aus allen Gegenden der BRD angezogen. Doch so unterschiedlich die geographischen Herkünfte auch sind, in der Sozialisation sah es in den Familien der 60er Jahre sehr ähnlich aus: viele der Teilnehmer_innen stammen – wenn auch sozial unterschiedlich – aus Familien mit autoritären Vätern, zum Teil religiös katholisch oder pietistisch geprägt. Aufgewachsen in einem solchen Milieu wird der Widerstand gegen die väterliche Autorität und alle Formen des Autoritarismus handlungsleitendes Motiv der jungen Erwachsenen. Vereinzelt allerdings wuchs eine Protesthaltung gegen die bundesrepublikanischen Verhältnisse auch aus liberalen Elternhäusern.

Politisierung

In der Diskussion wurde deutlich, dass wir zwischen ‚zwei Generationen‘ von 68ern unterscheiden müssen: den Älteren, die schon 68/69 an den Unis (HH, Göttingen, Heidelberg, Marburg, Berlin, Tübingen, Freiburg, Bremen) studiert haben, und den Jüngeren, die erst in den 70ern an die Uni gelangt sind.

Erstere geraten in den Höhepunkt der Studentenbewegung an den Universitäten: Reste des SDS sind noch vorhanden, die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung ist auf ihrem Höhepunkt, viele werden Mitglied in den sich nach dem Verfall des SDS bildenden neuen politischen Grup-

pen: KSB, MSB / DKP, KBW. Hier wird die Lektüre von Marx, Engels, Marcuse, Bloch, Hentig, Kühnl, Reich zur aufweckenden und bewusstseinsbildenden, die Welt neu erklärenden Erfahrung.

Erlebt wird dieser Aufbruch aus traditionellen Lebens- und Denkformen als Befreiung, als Perspektivwechsel, als Blick in eine veränderbare Welt. Die Aufbruchstimmung, das neue Selbstbewusstsein als Frau, die neuen Lebensformen... prägen ein positives Lebensgefühl. Auch Musik und Kunst verwenden neue Stile und werden neu erfahren.

Die Jüngeren, die in den 70ern an die Unis gelangt sind, wurden bereits in der Schule von zum Teil fortschrittlichen Lehrkräften, demokratischen Schulstrukturen und einer Schüler_innenbewegung (Schüler_innenstreiks) politisiert. Die Studentenbewegung schwappte in die Schulen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch ältere Geschwister, die an der Uni bereits politisiert waren. Einzelne Großereignisse wie die Bremer Straßenbahndemo samt ihrem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz werden als Zündfunke mehrfach genannt.

Wichtig war auch die Bewegung der Auszubildenden etwa in Berlin und Essen: Sie organisierte den Widerstand gegen Lehrpläne und die Ausbeutung von Lehrlingen.

Lebenswege

Nahezu alle Teilnehmer_innen werden Lehrer_innen in den staatlichen Schulformen: Grundschule, Gesamtschule/Stadteilschule, Haupt- und Realschule, Gymnasium, Berufliche Schulen. Vertreten sind auch Schulleitung, Schulaufsicht, Studienseminar. Die Kollegen der

beruflichen Schulen sind in der Regel bereits in der Lehrlingsbewegung politisiert worden und haben über den zweiten Bildungsweg das Lehramt erreicht.

Besonders eindrücklich und erschreckend war die Erkenntnis, dass viele Berufsbiographien starke Brüche haben. Von den 36 Teilnehmer_innen hatten sieben als ehemalige Mitglieder von K-Gruppen Berufsverbot erhalten mit allen Folgen für die berufliche Entwicklung: Arbeit in anderen Berufsfeldern, häufiger Arbeitsplatzwechsel (auch ins Ausland), neue Ausbildungen, Eintritt in den Lehrerberuf erst mit 46 Jahren mit allen Folgen für die Altersversorgung.

Heutige Sicht

Überwältigend war, wie eindeutig positiv die Kolleg_innen auf die eigene Entwicklung im Rahmen der Studentenbewegung und auf das weitere eigene Leben blicken. Dies gilt auch für diejenigen, die als Folge ihres Engagements in jungen Jahren ein Leben lang Nachteile in Kauf nehmen mussten.

Mehrfach gebrauchten die Teilnehmer_innen den Begriff der Dankbarkeit, um ihr Lebensgefühl zu benennen. Gemeint damit ist die Chance, die wir 68er hatten bzw. uns erkämpft haben, aus traditionellen Lebensformen auszubrechen, autoritäre Strukturen hinter uns zu lassen und unser Leben selbstbestimmt zu gestalten. Vor allem die weiblichen Teilnehmenden betonten immer wieder die Frauenbefreiung.

Auch die Bewusstseinsveränderung, die die Bewegung in den 68igern erzeugte und die bei allen Diskutant_innen nachhaltig ein Leben lang bis heute trägt, wurde hervorgehoben. So wurde der Mut zum Widerspruch

zur Grundhaltung, die Fähigkeit, Kritik nicht nur zu äußern, sondern auch entgegenzunehmen zu einer Verhaltensweise, die demokratische Strukturen fördert und die Kommunikation verändert.

Gewürdigt haben Teilnehmer_innen auch die pädagogische Grundhaltung, die infolge der 68er-Bewegung Schule machte und insbesondere für die Kolleg_innen an den Gesamtschulen zu einer bewussten Entschei-

dung für diese Schulform als Ergebnis der eigenen politischen Position führte.

Nicht zuletzt wurde im Rückblick auf das eigene Leben deutlich, dass viele dieses als Erfolgsgeschichte erfahren haben. Auch wenn die Revolution ausgeblieben ist, haben wir doch einschneidende Veränderungen im politischen Leben der BRD erlebt und mitgestaltet. Hier sei auch auf Knut Nevermann

verwiesen, der in seiner Abschlussbilanz neben der Frauenbewegung auch die Umweltbewegung, die Friedensbewegung, die Kinderladenbewegung, die psychologische Bewegung in den Kontext der 68er stellt. Auch wenn wir in der Minderheit waren, so sagt er, haben wir recht gehabt.

MARGRET EISELE-BECKER,
HOLGER RADTKE

Internationale Befreiungsbewegungen – damals und heute

An den Beispielen Vietnam und Nicaragua zogen die Teilnehmenden der Tagungsgruppe Bilanz

Der Vietnamkrieg und die internationale Protestbewegung gegen diesen Krieg und damit die USA waren in der Bundesrepublik Auslöser für die Politisierung vieler Studierender und Beginn der Auseinandersetzung mit den USA, die bis zu diesem Zeitpunkt in der bundesrepublikanischen Wahrnehmung überwiegend als „Befreier“ und Unterstützer der Demokratisierung des Landes wahrgenommen worden waren.

Der Einsatz von Agent Orange, die Bilder von My Lai u.a. führten zum Bruch mit dieser Wahrnehmung.

Parolen wie USA-SA-SS wiesen auf die fast zeitgleich begonnene Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus hin.

Manfred Klingele skizzierte die historische Entwicklung Vietnams seit Beginn der französischen Kolonialherrschaft und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen nach dem Abzug der USA und

der Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams, charakterisiert u.a. durch folgende Bedingungen:

- Politik der Versöhnung: Es gab keine strafrechtliche Verfolgung der Kollaborateure der französischen und später US-Besatzer – allerdings mussten die Kollaborateure in Umerziehungslager
- Die vietnamesische Kommunistische Partei war die einzige politische Partei, die als politisches Ziel den Sozialismus und die Verstaatlichung in allen gesellschaftlichen Bereichen anstrebte.

Die Wirtschaftskrise, der Widerstand der ländlichen bäuerlichen Bevölkerung und die damit verbundene Hungersnot ab 1981 führten zu einer Kursänderung der KP und zur Einführung einer „Marktwirtschaft unter staatlicher Kontrolle“, die damit begründet wurde, dass „keine historische Epoche übersprungen werden kann“.

Die darauffolgende Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Fragen:

- Welche Erfolge, welche Probleme charakterisieren die aktuelle Situation?
- Welche Art von gesellschaftlicher Entwicklung eines Landes ist denkbar und erstrebenswert, wenn das Ziel „Sozialismus“ nicht möglich ist, da – so Marx, auf den sich die KP berief – die Überwindung des Kapitalismus die umfassende Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte und der kapitalistischen Gesellschaft zur Voraussetzung hat?

Zu 1.: Diese Frage wurde kontrovers diskutiert:

Als positiv wurden u.a. die Gleichberechtigung der verschiedenen Minoritäten, der Naturschutz, die Lebendigkeit des Kleinhandels und die buddhistische Ethik hervorgehoben.

Als negativ wurden die Privilegien der KP-Kader, also der entstandenen Nomenklatura, die

Was wir wollten – was draus wurde

Repression, die zunehmende Korruption und der Ausverkauf von Ressourcen vor allem an chinesische Investoren genannt.

Die „Schnittmenge“ der Resultate dessen, was einst die Ziele des Befreiungskampfes ausmachte und was in der BRD und anderswo mit vielen „eigenen“ Hoffnungen und Projektionen unterstützt worden war, bildete – so die unwidersprochene Einschätzung der Mehrheit der Anwesenden – das Scheitern dieser Hoffnungen.

Manfred betonte, dass vielleicht eine andere Entwicklung in Vietnam möglich gewesen wäre, wenn die USA Entschädigungen, also Reparationen, gezahlt hätten.

Zu 2.: Diese Fragestellung führte zu dem Vorschlag, die Entwicklung der Länder der sogenannten 3. Welt, die nach erfolgreichen Befreiungskämpfen eine „andere“ Gesellschaft

aufbauen wollten, an den Kriterien der Umsetzung von Grund-/Menschenrechten, also sozialen, politischen, ökonomischen Rechten zu messen zu.

Die 17 aktuellen Ziele der UN für 2030, die auf die Millenniumziele folgten, könnten, so das mehrheitlich geteilte Argument, die Kriterien für die Einschätzung der Entwicklung nicht nur in den sogenannten „Entwicklungsländern“, sondern auch in Deutschland bilden.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit konnte die Entwicklung in Nicaragua nicht umfassend analysiert und vertieft werden.

Ähnlich wie in anderen Ländern, in denen Befreiungsbewegungen an die Macht kamen, findet in Nicaragua eine Entwicklung zu einer diktatorischen Machterhaltungsstruktur statt. Der Ortega-Clan versucht, mit Polizei und der Gewalt paramilitärischer Gruppen die sozialen

Proteste niederzuschlagen.

Die Folgen dieser Entwicklung spiegeln sich auch in der Solidaritätsbewegung wider. Horst Stöterau informierte darüber, dass die Patenschaften in Hamburger Schulen zurückgegangen seien, allerdings noch immer enge Beziehungen zwischen der GEW und der nicaraguanischen Lehrer_innen-Gewerkschaft ANDEN bestünden. Diese Beziehung werde allerdings durch die enge Verbindung von ANDEN mit dem Ortega-Clan belastet. Die Gefahr bestehe, dass die GEW mit Menschen und Organisationen zusammen arbeitet, die große Nähe zu diktatorischen Strukturen haben. Aus diesem Grund werde die Übergabe der eigentlich bewilligten 10.000 Euro auf ein Fünftel reduziert.

Nur kurz wurden die Unterschiede zwischen „systemischer Solidarität“ – also z.B. einer Gewerkschaft zu einer anderen



Demo in Hamburg gegen den Militärputsch in Chile

CUT = Central Unitaria de Trabajadores de Chile

68er_innen – die Protokolle – Was wir wollten – was draus wurde

– und der Projekt-Solidarität thematisiert. Horst S. unterstrich, dass der Kontakt zu ANDEN weiterhin nötig sei, die gewerkschaftliche Solidarität allerdings

oft Kompromisse nötig mache.

Eindeutig beantwortete er die Frage, wie die GEW zu den neu entstandenen Widerstandsstrukturen in Nicaragua steht,

mit dem Hinweis, dass die GEW keine Ambitionen habe, die Aktionen im Untergrund zu fördern.

JUTTA KLASS (Protokollantin)

Trau' keinem über 30

NS-Zeit – Konfliktstoff in den Familien, Zündstoff für die Politisierung der Kinder

Die Abgrenzung der 68er Generation von den Eltern ist eine wichtige Voraussetzung für den Verlauf der Bewegung. Darauf ist Knut Nevermann in seinem Vortrag über Entstehung und Verlauf der Bewegung ausführlich eingegangen. Die Relevanz dieses Gesichtspunkts für die Betrachtung und Würdigung der 68er-Bewegung ist unbestritten. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass die AG sehr gut angenommen wurde und die gut zwanzig Stühle des vorbereiteten Stuhlkreises gerade gereicht haben.

Umstritten jedoch ist die Gewichtung dieses Themas im Zusammenspiel mit anderen Beweggründen der 68er. Idee unseres Themenvorschlags ist gewesen, aus persönlicher, biographischer Perspektive dazu Stellung nehmen zu lassen, wieweit die Auseinandersetzung mit den Eltern über die NS-Zeit zu der Politisierung der damals jungen Generation beigetragen hat. Auf diesen funktionalen Aspekt des Themas sind die Teilnehmer_innen (zu unserer Überraschung) in der Mehrzahl weniger eingegangen. Den meisten in der Runde ging es vorrangig darum, über den familiären Konflikt zu reden, den die NS-Zeit insgesamt für die Familien dargestellt hat. Es wurde deutlich, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit für sie nicht abgeschlossen ist und in der

Gesellschaft weitergehen muss, gerade auch wegen der Reaktivierung überwunden geglaubter Themen am rechten Rand der Gesellschaft. Das wurde als persönliche Verantwortung in Gegenwart und Zukunft sehr wichtig genommen. So gesehen ist die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ein übergeordnetes Thema, das nicht der 68er Generation – jedenfalls nicht allein – zugewiesen werden kann.

Es ist allerdings richtig, dass in den 60er Jahren die Aufarbeitung Fahrt aufnahm, man denke nur an die Auschwitz-Prozesse mit Fritz Bauer oder auch an die Recherchen von Beate Klarsfeld. Auch insofern ist die Auseinandersetzung über die NS-Zeit der 68er Generation mit den Eltern wichtig. Etlichen der Gruppenteilnehmer_innen ist aber auch erst im Verlauf ihres Lebens das ganze Ausmaß der Verbrechen, derer sich der Nationalsozialismus schuldig gemacht hat, so richtig bewusst geworden, und nicht immer lag dieser Auseinandersetzung auch eine Abgrenzung von den Eltern zugrunde. Vielfach ging es auch um die Verarbeitung schmerzhafter Erlebnisse.

Insgesamt hat es viel zu lange gedauert, bis das Schweigen gebrochen wurde. Gerade das war aber häufig für die Generation der Kriegs- und Nachkriegskinder

der sehr belastend.

Das Schweigen/Verschweigen der Elterngeneration wurde von der Gruppe (20 Teilnehmende) sehr eindrucksvoll und persönlich thematisiert. Es wurde deutlich, dass es aus sehr unterschiedlichen Motiven herühren konnte. Es konnte dem Entschluss dienen, neu zu beginnen und die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Manche ehemaligen Anhänger der nationalsozialistischen Partei fühlten sich in der Pflicht, beim Aufbau der Demokratie Verantwortung zu übernehmen. Möglich war aber auch, dass eigene Schuld vertuscht werden sollte und/oder man die eigene gute Stellung in der Gesellschaft nicht gefährden wollte. Es gab auch Menschen, die so Schreckliches erlebt hatten, dass sie nicht darüber sprechen konnten. Sie kamen erst spät aus sich heraus. Man denke an die schrecklichen Verbrechen, die sich z.B. im osteuropäischen Raum abgespielt haben. Möglich war auch, dass man die Kinder nicht belasten wollte. Als besonders erschreckend wurde erlebt, wenn jemand verstockt an der NS-Ideologie festhielt (so wie Oskar Gröning, der „Buchhalter von Auschwitz“, der erst auf Grund einer späten Gesetzesänderung als über Neunzigjähriger vor Gericht gestellt werden konnte).

68er_innen – die Protokolle – Was wir wollten – was draus wurde

Es bleibt festzuhalten, dass auch Menschen aus politisch interessierten Familien erst nach und nach erfuhren, was sich in der NS-Zeit ereignet hatte.

Insgesamt waren die Teilnehmer_innen der Meinung, dass die NS-Vergangenheit noch

nicht vollends aufgearbeitet ist und dass die Erinnerungsarbeit beständig weitergehen muss. Sie forderten uns auf, weiter am Thema zu bleiben und gegebenenfalls auch in Schulen als Zeitzeugen aufzutreten. Letzterem liegt die Erkenntnis zugrunde,

dass nur das emotionale Begreifen der Einzelnen die stattgefundenen Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Systems und seiner Träger_innen nachvollziehbar machen kann.

JÖRG PETERSEN
BETTINA WEHNER

Druck von der Jugend

Über den Einfluss der Studierenden auf die GEW

Die GEW Studierendengruppen trafen sich regelmäßig auf der Bundesebene, ihre Vertreter waren in den Vorständen. In der GEW ging es in erster Linie um die Statusrechte der Studierenden in der GEW, die satzungsmäßig eingeschränkt waren. Diese Einschränkungen wurden

1979 beendet. Ansonsten waren sie immer wieder diejenigen, die mit dafür sorgten, dass die GEW Aktionen der politischen Studentenbewegung (Streiks, Demonstrationen) unterstützte. Eigenständige inhaltliche Schwerpunkte z. B. in der Bildungspolitik gab es weniger,

aber Unterstützung anderer Bewegung (Berufsverbote).

Es war Auftrag der Mitglieder der Gruppen MSB und SHB (Gewerkschaftliche Orientierung – GO), in Gewerkschaften Mitglied zu werden und dort auch aktiv zu sein. Von diesen Gruppen nicht gewünscht waren



GEW-Studierendengruppen, die an Hochschulen als eigenständige GEW-Listen zu den Studentenparlamenten kandidierten.

Solche GEW-Listen bei Studentenparlamentwahlen gab es in Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg. Dementsprechend gab es bei der Besetzung von Funktionen erhebliche Machtkämpfe. Diese reichten bis in die GEW hinein. So wurde z. B. 1983 von der GEW-Spitze in NRW eine Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung“ gestartet, die es sogar unter namentlicher Nennung der beschuldigten Personen bis in die ZDF-Sendung „Magazin“ von Löwenthal schaffte, dem damaligen Rechtsaußen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe

Bemerkenswert war in der Arbeitsgruppe zunächst einmal, dass die Teilnehmenden aus unterschiedlichen politischen Grundrichtungen der linken Studentenbewegung stammten. Alle konnten mehr oder weniger deutlich – je nach ihren Rollen – von Erfahrungen über Einflussnahme auf ihre Aufgaben durch ihre jeweiligen Organisationen während ihrer Studienzzeit berichten. Dies setzte sich in ihrem Berufsleben fort, was auch die Übernahme von Funktionen innerhalb der GEW betraf.

Einig waren sich die Teilnehmer_innen auch in der Einschätzung, dass die gewerkschaftlich organisierten Studierenden die GEW nicht maßgeblich verändert haben, wenn man sie nicht als Teil einer gesellschaftlichen Reformbewegung erachtet. Viel wirkungsvoller innerhalb der GEW waren die Junglehrerinnen und -lehrer im Ausschuss junger Lehrer und Erzieher (AjLE), die

ihr Engagement und ihre Erfahrungen aus der Hochschule in die GEW mitgenommen hatten und dort einbrachten.

Interessant war auch, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen aus der Hochschule innerhalb der GEW bei der Besetzung von Funktionen etc. fortsetzten. Das reichte in die Schulen, aber auch in andere Bildungsbetriebe hinein, in denen viele Lehrkräfte angesichts von Lehrerarbeitslosigkeit ein Unterkommen fanden.

Insofern haben die gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesse wohl mehr Einfluss auf die GEW gehabt als die Aktivitäten der Studierenden in der GEW.

Ein Blick auf die Gegenwart zeigt, dass die GEW in den letzten Jahren immer wieder studentische Aktivitäten aktiv

unterstützt hat. So 2003/04 die studentischen Streiks gegen die Entdemokratisierung der Hamburger Hochschulen und auch den Kampf gegen die Einführung und Erhebung von Studiengebühren von 2005 an. Der von Studierenden organisierte Boykott von Studiengebühren wurde von der GEW rechtlich begleitet und führte zusammen mit anderen Aktivitäten, wie einer Großdemo mit 20.000 Menschen auf dem Rathausmarkt, dazu, dass Studiengebühren wieder abgeschafft wurden. Auch der "Bildungsstreik 2009" wurde von der GEW unterstützt. Dieses Eintreten für die Studierenden führte häufig dazu, dass sich viele Studierende für einen Beitritt in die GEW entschieden und es eine aktive GEW-Studierendengruppe gab und gibt.

Die aktuell aktiven Studierenden sind auch in der DGB-

FILME ZU 50 JAHRE 68ER_INNEN

1968: Jugend revoltiert

Film von Lotte Fehrlé, 30 Minuten, 1993

Deutsche Lebensläufe: Rudi Dutschke

24.08.2003 3SAT 60 Minuten

"Revolution! Das Jahr 1968":

Stefan Aust und Lutz Hachmeister

"Rückblick auf ein Jahr ohne Beispiel"

09.12.2008 – ZDF 90 Minuten

YouTube

100 Jahre Deutsche Geschichte.

Der Countdown (Guido Knopp). Jede Folge 10 Minuten.

1967 **Der Tod des Benno Ohnesorg**

1967 **Krieg im Heiligen Land**

1968 **Worte gegen Panzer**

1968 **Der Todesschuss**

Die 68er: Revolte und Utopie

30 Minuten

BRD: 68er-Bewegung

25 Minuten

Alle filmischen Dokumente sind mittels Google-Suche bzw. über YouTube schnell zu finden

Was wir wollten – was draus wurde

Jugend aktiv, tagen regelmäßig und bringen sich in die GEW ein. Als GEW profitieren wir von ihrem Fachwissen in studentischen Belangen, aber auch bei Fragen der Lehrer_innenausbildung, und bieten zusammen mit den Lehramts-Fachschäftsräten regelmäßig Veranstaltungen

zum „Dschungel Referendariat“ an. Darüber hinaus sind unsere Studierenden gesellschaftspolitisch aktiv und bringen weitere wichtige Themen wie Rechtspopulismus, Recht auf Stadt oder auch die Austeritätspolitik der gespaltenen Stadt Hamburg in die GEW ein.

Studierende und GEW-schaftliche Organisation – davon profitieren beide Seiten, damals wie heute.

Bearbeitung nach dem Protokoll der AG GEWerschaft im Wandel – Student_innen bewegte(n) Gewerkschaften von ADREAS HAMM und FREDERIK DEHNERDT

„Du bist nicht mehr mein Sohn!“

Kultur- und Aufbruch bei den Lehrlingen

Der Kollege Erik Merks (IGM, bis zum Ruhestand Betriebsratsvorsitzender) berichtete einfühlend von seinen Erfahrungen als Jugendvertreter während seiner Lehre bei Blohm und Voss von 1966 bis 1969. Zunächst ging es darum, dass die Lehrlinge von den Vorgesetzten gesiezt werden sollten. Vorher wurden sie von allen geduzt, mussten aber die anderen Werksangehörigen siezen. Des Weiteren wurde für Lehrlinge die Raucherlaubnis durchgesetzt und die Erlaubnis für die jungen Männer, lange Haare zu haben und für die jungen Frauen, Miniröcke zu tragen. Es entwickelte sich so langsam ein stärkeres politisches Bewusstsein. Jugendvertreter nahmen an Betriebsratssitzungen teil und wurden dort wegen unangepassten Verhaltens häufig von anderen Kollegen geschnitten. Weiter erzählte er von seinen Erfahrungen mit der 68er Bewegung zusammen mit anderen Lehrlingen und Studenten außerhalb des Betriebs. Es gab einen Jour fixe mit Lehrlingen aus anderen Betrieben bei dem die politische Situation reflektiert wurde. Flugblätter wurden entworfen und Aktionen wurden vorbereitet.

Im Verlauf des Gesprächs be-

richteten weitere Kolleg_innen von ihren sehr unterschiedlichen Erfahrungen aus der Zeit um 1968.

Hier einige Kurzfassungen:

Peter berichtete, dass bei ‚Bartels und Lüders‘ die Belegschaft sehr DKP-lastig und in ihrem Verhalten seiner Meinung nach sehr konservativ war.

Helmut machte eine kaufmännische Ausbildung zum Industriekaufmann in einem mittelgroßen Textilunternehmen in einer Kleinstadt in Ostwestfalen. Gleich zu Beginn der Lehre, inspiriert durch ein gewerkschaftliches Elternhaus, trat er in die „Gewerkschaft Textil-Bekleidung“ ein (als erster und einziger Lehrling während seiner Ausbildung). Auf DGB-Wochenend-schulungen kam er durch Studenten, die dort Tutoren waren, in Berührung mit marxistischem Gedankengut. Das führte dazu, dass er im Betrieb sowohl eine Jugendvertretung gründete als auch dafür sorgte, dass während der Einstellungswelle im Jahr 1968 durch ihn zahlreiche Arbeiter ihren Weg zur Gewerkschaft fanden. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit führte ihn letztlich zur Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg.

Rainer begann 1967 eine kaufmännische Ausbildung im Hamburger Hafen. „Man benimmt sich ordentlich und hat die Karriere im Blick“, wurde ihm vermittelt. Nach den ersten vier Wochen trat er in die ÖTV ein. Als Jugendvertreter nahm er an Gewerkschaftsminimarkern der ÖTV teil. Dort haben gewerkschaftliche Studenten die Bildungsarbeit gemacht und zum politischen Bewusstsein beigetragen. Neu waren für ihn die Arbeitsformen wie Diskussionen in Gruppen, einen Bericht für die anderen Teilnehmer zu erstellen und ihn dann vor dem Plenum zu halten. Die Jugendbildungsarbeit veränderte sich und es taten sich auch inhaltlich ganz neue Perspektiven auf.

Kay machte eine Banklehre und war Mitglied in der Gewerkschaft HBV.

Werner machte eine Tischlerlehre von 1964-1967 in einem Kleinbetrieb in einer Kleinstadt in der Nähe von Kamen. Ab 1965 besuchte er die Abend-Berufsaufbauschule mit dem Ziel, Mittlere Reife zu machen. Der Unterricht fand an drei Tagen der Woche von 17.30 bis 21.00 Uhr statt. Er bekam erste Berührungen mit einem Streik gewerkschaftlich organisierter

Wir 68er_innen – die Protokolle –

Freunde aus größeren Betrieben. Aus gesundheitlichen Gründen wechselte er den Beruf. Durch eine Umschulung wurde er zum Staatlich geprüften Bautechniker. Zwischen 1968 und 1969 wurden bei ihm Veränderungen deutlich. Als er mit Bart in den

Ruhrpott heimfuhr und der Vater die Tür aufmachte sagte dieser: „Du bist nicht mein Sohn!“ Er durfte die Wohnung nicht betreten und musste zur Autobahnauffahrt zurückkehren. Später war er tagsüber voll berufstätig und abends Gaststudent mit Se-

mestergebühren bei der Ingenieurschule Hebebrandstraße in Hamburg. Er wurde nach dem Zwischenexamen Mitte 1972 als ordentlicher und immatrikulierter Student aufgenommen. Ab März 1975 studierte er Erziehungswissenschaft, Bautechnik



und Geschichte. Im Studiengang betätigte er sich aktiv in der Fachschaft. 1981 wurde er als Gewerbelehrer an der G19 eingestellt.

Protokoll
VOLKER PETERS

Das Maß an Freiheit

Kinderladenbewegung und antiautoritäre Erziehung

Das Thema interessierte circa 15 Teilnehmer_innen, von denen viele Erfahrungen als Eltern in Kinderläden hatten, zumeist auch als Gründungsmitglieder. Als Impuls berichtete Lottemi Doormann beispielhaft von ihren eigenen Erlebnissen im Kinderladen Woyrschweg. Auszüge aus ihrem Referat werden im Folgenden zitiert:

„Vor 50 Jahren, 1968, sahen die Verhältnisse hierzulande noch völlig anders aus.

Wenn eine Frau heiratete, war sie in wesentlichen Entscheidungen ihres Lebens ihrem Ehemann unterstellt. Sie durfte nur mit seiner Erlaubnis berufstätig sein. Bewarb sich eine junge Frau für eine qualifizierte Berufsausbildung, hatte sie gegenüber männlichen Bewerbern so gut wie keine Chance. Sie würde ja bald heiraten, Kinder kriegen und zu Hause bleiben, hielt man ihr vor. ...Und wollte eine junge Mutter weiter studieren oder arbeiten, fand sie in den wenigen Kindergärten mit Gruppen von bis zu 30 Kindern kaum einen Platz – ganz abgesehen davon, dass sie auf die dortige autoritäre Erziehung keinerlei Einfluss hatte.

Das war die Situation 1968, als in Berlin auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung ein paar Frauen die Nase voll hatten, zu Hause zu bleiben und die Kinder zu hüten, während die Männer demonstrieren gingen. Um Selbsthilfe war es ihnen zunächst gegangen, sich gegenseitig zu entlasten. Doch schon wenig später gründeten sie den „Aktionsrat zur Befreiung der

Frau“, um die Isolation der Frauen mit Kindern zu beenden und ein „emanzipatorisches Gegenmodell“ zu schaffen. Einen Monat später, im Februar 1968, fand in der Berliner Technischen Universität der legendäre Vietnam-Kongress statt. Diesmal waren die Frauen nicht zu Hause geblieben, sie kamen und brachten ihre Kinder einfach mit. In der Vorhalle des Hörsaals spielten 40 Kinder, abwechselnd betreut von ihren Eltern und den Mitgliedern des Aktionsrates. Das war die Geburtsstunde der Berliner Kinderläden.....

Nach dem Beispiel der Berliner Kinderläden entstanden in der Folgezeit in vielen Städten Selbsthilfegruppen, meist von Frauen gegründet, die eine Veränderung ihrer eigenen isolierten Situation mit einer veränderten nichtautoritären Erziehungspraxis verbinden wollten. So auch in Hamburg. Wie in Berlin nutzten viele Initiativen leerstehende Läden, die wegen der neuen Supermärkte aufgegeben worden waren. Wir mieteten in Hamburg-Bahrenfeld im Woyrschweg einen leerstehenden Laden, den wir selbst ausbauten. Ganz wichtig war die Gründung des gemeinnützigen Vereins Aktive Freizeit e.V. Dadurch erhielten wir eine Unterstützung, die es uns ermöglichte, eine feste Bezugsperson einzustellen und zu bezahlen. Hinzu kam täglich ein Elternteil mit Kinderdienst. Manchmal musste ich ein zweites Mal in der Woche einspringen, doch in den übrigen Tagen konnte ich arbeiten. Das bedeutete auch ein Stückchen mehr



Wir 68er_innen – die Protokolle –



Was wir wollten – was draus wurde



68er_innen – die Protokolle – Was wir wollten – was draus wurde

Rechte für die Frauen....

Es gab für die Kinder feste Regeln: Anderen nichts wegnehmen, anderen nicht schaden, sich nicht schlagen. Die Kinder sollten lernen, mit Konflikten verbal umzugehen. Recht hatte nicht der Stärkere, sondern bei einem Streit das bessere Argument. Auf Strafen wurde grundsätzlich verzichtet. Über Erziehungsprobleme, etwa der Umgang mit Aggressionen oder Probleme einzelner Kinder, wurde auf dem wöchentlichen Elternabend diskutiert. Nachdem nebenan ein zweiter Kinderladen mit etwas älteren Kindern eingezogen war, durften die Kinder auch schon mal an einem Elternabend teilnehmen: zum Beispiel, als sie eine Taschengelderhöhung gefordert hatten. Die Kinder lernten, ihre Argumente vorzubringen, anderen zuzuhören, auf Gegenargumente einzugehen. Diskussionsleiter waren übrigens zwei Kinder. „Einübung in demokratische Regeln“ – darum ging es uns.

Seit jener Zeit Anfang der siebziger Jahre hat sich viel verändert, auch, was den politischen Rahmen einer damals überfälligen demokratischen Gesetzgebung betraf. ...Erst 1978 trat im Rahmen der Familienrechtsreform das „Gesetz über die Neuordnung der Rechtsstellung des ehelichen Kindes“ in Kraft. Dieses Gesetz beseitigte die „väterliche Gewalt“, der zufolge der Vater allein über die Rechte des minderjährigen Kindes entscheiden und das Kind nach außen vertreten durfte. An die Stelle der „väterlichen Gewalt“ traten die gleichen Rechte und Pflichten beider Elternteile. Im Laufe des Jahres 1978 traten weitere Reformen des Familienrechts an die Stelle des bisherigen patriarchalischen Regelwerks und

schufen den Rahmen für partnerschaftliche Familien. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch die zahlreichen Kinderladeninitiativen überall in Deutschland, die vielfältige Frauenbewegung und Schulininitiativen wie „Verändert die Schule jetzt!“ in den 70er Jahren zu einem allgemeinen Bewusstseinswandel beigetragen haben.

Die heutigen staatlichen Kitas, in die meine Enkelkinder in Hamburg-Altona gegangen sind, unterscheiden sich in ihren Erziehungsprinzipien und Verhaltensregeln kaum von unseren damals selbstorganisierten Kinderläden – nur dass wir früher alles selbst auf die Beine stellen mussten. Ich denke, dass sich eine repressionsfreie, demokratische Erziehung inzwischen weiter ausgebreitet hat. Der Begriff „antiautoritäre Erziehung“ war sicherlich vor 50 Jahren nötig, um die Verhältnisse in Frage zu stellen. Obwohl auch unsere Praxis damals in den Kinderläden nie „antiautoritär“, sondern „repressionsfrei“ war.“

Im Anschluss an das Impulsreferat stellten andere Teilnehmer_innen ihre Erfahrungen dar. Dabei zeigten sich besondere Schwerpunkte bei den jeweiligen Läden: mal war es die politische Orientierung, mal die Verankerung im Stadtteil, auch beim Ausmaß der Elternmitarbeit gab es Unterschiede. Selbstorganisation, antiautoritäre Erziehung und Elternbeteiligung waren dabei die für alle geltenden Prinzipien.

In der Diskussion bestätigten die Teilnehmer_innen die positiven Erfahrungen mit den Kinderläden für Kinder und Eltern uneingeschränkt. Allerdings bestand keine Einigkeit in der Einschätzung, ob damals das richtige Maß an Kinderfreiheiten ge-

währt wurde, ob vielleicht sogar zu viel Freiheit herrschte. Kontrovers diskutiert wurde auch die Frage nach der pädagogischen Orientierung heutiger Kitas: Umstritten war die These, dass heute in allen Kitas überwiegend repressionsfreie Erziehung vorherrsche. Für etliche in der Runde schien eher die Betreuung in Form einer Aufbewahrung charakteristisch zu sein. Dabei wurden die trostlosen Ausstattungen und die schlechte Kinder-Erzieher_innen-Relation als bestimmende Größen für die pädagogische Arbeit identifiziert. Dringend notwendige Forderungen in dieser Richtung fanden noch zu wenig politischen Widerhall.

Die heutige Elterngeneration habe andere Erwartungen an die Kitas: Bildung, d.h. Vorbereitung auf die schulischen Erwartungen seien angesagt. Es fehlten heute die im Geist von 1968 aufgewachsenen und aktiven Eltern.

Die Kinder der 68er hätten als heutige Eltern andere Ideale. Mehrfach wurde davon berichtet, dass die neue Generation den 68ern vorwerfe, nicht genug Grenzen gesetzt zu haben.

Zusammenfassend haben alle Anwesenden mit Kinderladen-Erfahrungen diese Zeit als für sie gut und richtig eingeschätzt und niemand hat die Kinderladenbewegung für sich oder die Kinder bereut.

LOTTEMI DOORMANN
RAINER ELLING

Dieser Schwerpunkt ist entstanden aus der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Gruppe, die die Veranstaltung organisierte und der Redaktion. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten.